

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsbüro bei Nacht...
Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/32.

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/32.

Abendkasse
Palast
Sonnabends
Tanz
Kabarett

Einsatz der Gemeinden im Vierjahresplan

Ministerpräsident Göring vor dem Deutschen Gemeindetag

Berlin, 8. April.

Den letzten Vortrag auf der Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages hielt der preußische Ministerpräsident Generaloberst Göring, dem von den deutschen Gemeindevertretern ein überaus herzlichster Empfang bereitet wurde. Der Ministerpräsident erklärte einleitend, daß er keine spezifisch gemeindlichen Probleme zur Erörterung stellen wolle, sondern den deutschen Gemeinden ihren Einsatz im Vierjahresplan aufzeigen werde.

Bei der Durchführung des Vierjahresplanes ständen zwei große Aufgabengebiete im Vordergrund: Die Steigerung der Produktion auf landwirtschaftlichem Gebiete bis zu dem möglichen Höchstmaß und die Umstellung auf neue Rohstoffe in der gewerblichen Wirtschaft.

Auf dem Gebiete der Ernährung gelte es, die Spanne von 13 v. H., die heute noch an der Versorgung fehle, rasch weiter zu verringern. Der Ministerpräsident gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Landwirtschaft keine Forderung erfüllen werde, und unterstrich besonders die Tatsache, daß dank der strengen Marktordnung des Reichsnährstandes der deutsche Brotpreis nicht geändert werde, im Gegensatz zu den verheerenden Folgen der internationalen Getreidebefreiung. Stärker noch als die landwirtschaftliche Erzeugung habe die Steigerung der gewerblichen Produktion im Interesse der Volkswirtschaft. Es sei die besondere Aufgabe aller Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, den Verbrauch der neuen deutschen Werkstoffe in jeder Weise zu fördern und gegen veraltete Vorurteile und die übliche Scheu vor dem Neuen anzukämpfen.

Stufenfolge der Dringlichkeit

Der Vierjahresplan ergreift alle Zweige der deutschen Wirtschaft, so fuhr der Ministerpräsident fort; „um so mehr müssen alle öffentlich-rechtlichen Organisationen und dabei auch gerade die Gemeinden am Gelingen mitwirken, zunächst durch Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung. Die Gemeinden müssen auf der Ausgabenseite sich dort Zurückhaltung auferlegen, wo sie durch verstärkte Nachfrage die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung für den Vierjahresplan noch vermehren. Der Führer hat sich in seiner weitsehenden Politik vorgenommen, drei Städte in Deutschland durch bauliche Maßnahmen größten Stils besonders auszuzeichnen und zu entwickeln. Sie wissen es alle, es handelt sich hier um Berlin, München, Hamburg. Diese Aufgabe hat ihre besondere Bedeutung, sie wird selbstverständlich durchgeführt werden. Es ist aber nicht notwendig, daß nun jede andere Stadt glaubt, zur gleichen Zeit ebenfalls ein riesiges Bauprogramm durchführen zu müssen. Hier müssen sich die Gemeinden in die Stufenfolge der Dringlichkeit einordnen. Heute ist es wichtiger, durch eine entsprechende Entwicklung und Führung der gemeindlichen Versorgungsbetriebe mitzugreifen als Rathäuser oder selbst Turnhallen oder Versammlungshäuser zu bauen, so wichtig diese auch sonst sind.“

Billigere Stromtarife

Als zwingende Notwendigkeit einer allgemeinen Wirtschaftsförderung durch die Gemeinden müssen Steuererhöhungen unterbleiben. Ich habe den erfreulichen Eindruck, daß es den Gemeinden in den letzten Jahren schon gelungen ist, ihre Finanzwirtschaft wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen und manche Schulden der Systemzeit abzulösen. Neuaufwendungen, die zu Steuererhöhungen führen, müssen aber zurückgestellt werden, da die Finanzkraft des Volkes für die großen nationalen Aufgaben eingesetzt werden muß. Umgekehrt dient es der Förderung der Zwecke des Vierjahresplanes, wenn die Gemeinden entsprechend den Anweisungen des Reichsministers des Innern alles daran setzen, die indirekten Steuern, die in den Versorgungstarifen enthalten sind, zu senken. Besonders für ländliche Gemeinden hängt für die Erzeugungsschlacht sehr viel von der Bereitstellung billiger Energie ab. Denn sie bietet in erster Linie auf die Dauer die Möglichkeit, der überlasteten Bauernschaft das Leben leichter zu gestalten, und manche Reibungen zu mildern, die durch die Knappheit an Landarbeitern entstanden sind. In künftigen Verhältnissen wird durch Senkung der Tarife insbesondere auch eine fühlbare Entlastung des Arbeiterhaushaltes zu erreichen sein.

Aufgaben für die Sparkassen

Neben diese mehr allgemeinen Maßnahmen treten eine Reihe von Sonderaufgaben, mit denen gerade die Gemeinden in den Dienst des Vierjahresplanes stellen müssen. Wenn auch die größeren Unternehmungen des Vierjahresplanes aus anderen Mitteln finanziert werden, so werden die kommunalen Kreditinstitute, vor allem die Sparkassen durch ihre Kreditpolitik bei vielen kleineren Unternehmungen mitwirken können. Ich denke dabei vor allem an die Bewässerung mittelständiger Kredite an die Landwirtschaft, ohne die der Rohstoffmarkt rascher Intensivierung nicht Rechnung getragen werden kann. Ich weiß, daß gerade diese Aufgabe bisher mancherorts Schwierigkeiten begegnet ist. Die Erörterungen über eine Neuordnung stehen vor dem Abschluß. Es muß natürlich darauf geachtet werden, daß die Sparkassen des kleinen Mannes mit der notwendigen Sorgfalt verwendet und angelegt werden. Die Kreditübergabe ist jedoch stärker als bisher

nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu leiten und so einzusetzen, daß der Kreditwürdige in seiner wirtschaftlichen Initiative gehindert und gefördert wird.

Sorgt für wohlfeile Wohnungen

Auf dem Gebiete der Wohnungspolitik haben die Gemeinden ebenfalls große Aufgaben zu erfüllen. Wichtiger als der Bau von Verwaltungsbauten ist augenblicklich die Sorge für wohlfeile Wohnungen, deren Bau unbeschränkt erziehbare Rohstoffe verwendet werden. Es gilt, die Anfangsarbeit für das vom Führer geplante gewaltige Siedlungsnetz zu leisten, das nach der Durchführung des Vierjahresplanes der vollen Verwirklichung zugeführt werden soll. Auf die Verwertung der Rohstoffe aus städtischen Abfällen und auf das Ernährungsnetz der RSB ging der Ministerpräsident besonders ein und richtete den Appell an die Anwesenden, alle Anregungen auf diesem Gebiete genauestens zu befolgen. Es gebe verschiedene Verfahren, er verlange aber, daß sich keine Gemeinde aus Beharrungsvermögen oder anderen Gründen von dem Werk ausschleie.

Aufklärung der Bevölkerung

Wenn sich so die Gemeinden an dem Werk des Vierjahresplans beteiligen, so erfüllen sie damit in besonderem

Maß die Aufgabe, die ihnen die deutsche Gemeindeordnung gestellt hat, nämlich mitzuwirken an der Erreichung eines Staatszieles! Sie haben als diejenigen Stellen, die mehr als viele anderer des staatlichen Apparates mit der Bevölkerung Fühlung haben, die Aufgabe, im engsten Zusammenhang mit der Partei die Bevölkerung für die großen Ziele auch des Vierjahresplanes zu gewinnen und einzuleiten. Die Gemeindeführer als diejenigen, die die Räte und Wünsche des Volksgenossen vielfach als erste erfahren, erleben auch manche unpopuläre Auswirkungen staatlicher Maßnahmen am unmittelbarsten. Sie haben aber die Pflicht, hier selbst auszugleichen, soweit dies in ihrer Macht liegt. Ich bin mir darüber klar, daß während der Anlaufzeit des Vierjahresplans Schwierigkeiten nicht immer vermieden werden können. Verliche Spannungen auf dem Markt gewisser Lebensmittel sind nicht immer zu umgehen. Wenn solche Erscheinungen auftreten, dann darf man nicht gleich Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um aus Berlin zusätzliche Rationen herauszuholen. Es ist vielmehr die Aufgabe gerade der Gemeindeführer, dann der Bevölkerung die Zusammenhänge klarzumachen. Ich will aber hier eine Versicherung geben: Wenn auch eine vorübergehende Knappheit an Fleisch und Butter, vielleicht sogar an Fleisch oder bestimmten Wurstsorten nicht verhindert werden kann — für das tägliche Brot stehe ich ein! (Beifall)

In diesen Rahmen gehört auch die Mitarbeit der Gemeinden bei den schweren Arbeiten des Reichskommissariats für die Preisbildung. Durch ständige Beobachtung, unmittelbares persönliches Eingreifen, durch vorausschauende Planung muß der Gemeindeführer die Politik dieser für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens höchst wichtigen Stelle meiner Organisation unterstützen. Doch die Gemeinde selbst nicht preisverleuernd durch Abgabenerhöhung auftreten darf, habe ich schon erwähnt. So bietet sich, schloß Ministerpräsident Göring seine bedeutungsvolle Rede, für die durch die deutsche Gemeindeordnung auf eine neue sichere Grundlage gestellten deutschen Gemeinden im Vierjahresplan ein ganz umfassendes Netz der Betätigung.

Bestraft, weil er das Grab der Eltern des Führers beluchte

Bundesbahnbeamter mit Geldstrafe belegt und seiner Pension für verlustig erklärt

Salzburg, 8. April.

Der pensionierte Bundesbahnbeamte Reinhold Brückner aus Wörz bei Salzburg und dessen Ehefrau sind mit einer Geldstrafe von 250 bzw. 200 Schilling belegt worden, weil sie im November 1936 am Grab der Eltern des Führers in Leonding bei Luz einen Kranz niedergelegt hatten. Reinhold Brückner wurde aus dem gleichen Grunde auch seiner Pensionsansprüche strafweise für verlustig erklärt. Die zuständigen Gendarmerieposten haben ferner die Weisung erhalten, alle Personen, die das Grab der Eltern des Führers besuchen, namentlich festzuhalten.

Dieses beispiellose Vorgehen untergeordneter österreichischer Polizeibehörden gegen Personen, die Toten Blumen auf die Gräber legen, wird nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland mit erhöhter und schärferer Entrüstung aufgenommen werden. Daß die Polizei Maßnahmen gegen Tote ergreift, dafür gibt es in der ganzen Welt kein Gegenstück. Selbst der tote Feind genießt bei allen Völkern Achtung und

Ehre, höchstens in Moskau erlaubt man es sich vielleicht, hier- von eine Ausnahme zu machen. Die österreichische Polizei hat sich mit ihrem Vorgehen, das man nur als Barbarei bezeichnen kann, einen traurigen Ruhm erworben.

Ist es schon an sich verabscheuungswürdig, so stellt es darüber hinaus, weil es sich gegen die toten Eltern des Führers richtet, eine schwere Beleidigung des Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches dar. Die Wiener Regierung kann diesen Vorfall nicht auf sich beruhen lassen. Er bedeutet einen schweren Verstoß gegen das Abkommen vom 11. Juli 1936. Das wird sie unternehmen, um in Zukunft solche Vorkommnisse, die die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich aufs schwerste gefährden, unumhüllig zu machen?

Während Deutschland den guten Willen zeigt, über manche inneren Gegensätze hinweg mit Österreich zu einem guten Einvernehmen zu kommen, werfen untergeordnete Stellen auf österreichischer Seite der Betriebsarbeit immer wieder Steine in den Weg. Wir sind gewiß nicht feindselig und wollen Wien keine Vorstrafen machen, aber unser Erbgeßel verbietet es uns, eine solche Beleidigung, wie sie das Vorgehen der Linzer Polizei darstellt, hinzunehmen.

Kaplan Kossain wollte die Kommunisten befehlen

Der zweite Verhandlungstag im Hochverratsprozess vor dem Volksgerichtshof

Berlin, 8. April.

In dem Hochverratsverfahren gegen die drei katholischen Geistlichen aus dem Rheinland und ihre vier Helfer vor dem Volksgerichtshof wurden am heutigen zweiten Verhandlungstag die persönlichen Verhältnisse des Hauptangeklagten, des 47-jährigen Kaplans Josef Kossain aus Düsseldorf, erörtert. Der Angeklagte stammt aus dem Grenzstädtchen Gerbesthal. Er wurde 1924 zum Priester geweiht. Dann kam er als Kaplan an die Pfarrkirche von St. Marien in Oberhausen. Gleichzeitl wurde ihm die Leitung des katholischen Jungmännervereins in dem Pfarrbezirk übertragen. Von 1929 bis zu ihrer Auflösung gehörte er der Zentrumspartei an. Im Herbst 1932 wurde er nach Düsseldorf als Kaplan an die Maria-Empfängnis-Kirche versetzt. Bereits in Oberhausen war er zum Bezirkspräsidenten des Jungmännerverbandes bestellt worden. Außerdem war ihm die im ganzen Reich einheitslich zusammengeschlossene, aus dem katholischen Wandergewand hervorgegangene Sturm-schar unterstellt. Der Angeklagte hat eigenen Namen selbst gewählt.

In Düsseldorf wurde der Angeklagte bald wieder als Vertreter des dortigen Bezirkspräsidenten des katholischen Jungmännerverbandes herangezogen. Vor ihm stand: „Wurden in der Sturm-schar auch politische Fragen erörtert?“ Kossain antwortete (nach langem Überlegen): „In der Sturm-schar haben wir Fragen der Weltanschauung, soziale Fragen, wie

die päpstliche Friedenspolitik, und andere Dinge besprochen. Wir traten für eine volkspolitische Schulung ein.“

Der Vorlesende geht sodann zur Erörterung der Tätigkeit über, die der Angeklagte unter den jugendlichen Sturm-schar-Kämpfern im Rahmen des von ihm gegründeten Volkseklubs entfaltet hat. Die Bezeichnung Volkseklub soll von einem volkstümlichen Spitznamen herrühren, den man dem Anführer der Erwerbslosen in Düsseldorf gegeben habe. Der Angeklagte hat sich sehr eingehend auch politisch unterrichtet und ist sogar in seiner Amtstracht in kommunistische Versammlungen gegangen, in denen er sich an der Diskussion beteiligte. Seiner Ueberzeugung nach habe die katholische Kirche nicht genug für die Jugendlichen getan. Aus diesem Grunde habe er jugendliche Erwerbslose zu sich eingeladen. Er sahte sie im sogenannten Volkseklub zusammen, beschäftigte sie durch Einrichtung einer Vahleklubs, schulte sie und wanderte mit ihnen. Auch gründete er einen Fußballklub. Für die Sportler richtete er in seinem Keller sogar einen Tisch- und Umkleidekabinen ein. Bei dem Versuch kommunistischer Jugendversammlungen in Oberhausen lernte der Angeklagte einen kommunistischen Jugendfunktionär Max Schäfer kennen, mit dem er in der Folgezeit in nähere Verbindung trat. Schäfer wurde von dem Angeklagten auch als Feldner zu den politischen Kundgebungen herangezogen. Angeblich will Kossain beabsichtigt haben, den Kommunisten Schäfer zu befehlen.

Kursberichte vom 8. April 1937

Mitteldeutsche Börse zu Leipzig

(Ohne Gewähr)

Main market table with columns for 'Festverzinsliche Werte', 'Aktion', 'Bank-Aktion', 'Deutsche Staats- und Stadtanleihen', 'Bank-Aktion', 'Pfund- und Kreditbriefe', 'Transportwerte', 'Industrie-Aktion', 'Ausländische Anleihen', 'Berliner fortlaufende Notierungen', 'Wiederaufbau-Zuschläge', and 'Kolonialwerte'. Includes various stock and bond listings with prices and volumes.

Berliner Börse

(Ohne Gewähr)

Continuation of market data, including 'Berliner fortlaufende Notierungen' and 'Wiederaufbau-Zuschläge' sections, detailing specific stock prices and reconstruction surcharges.

Summary table for 'Berliner fortlaufende Notierungen' with columns for 'Anfang', 'Schluss', and 'Anfang', 'Schluss' for various stocks.